

Meritokratie als Maßstab, Mythos und Motor gesellschaftlicher Ungleichheit

Steffen Hillmert

Steffen Hillmert: steffen.hillmert@uni-tuebingen.de

Der Beitrag beschreibt die vielfältigen Verbindungen zwischen meritokratischen Prinzipien und gesellschaftlicher Ungleichheit und leitet Schlussfolgerungen für die Ungleichheitsforschung ab. Er ist primär theoretisch; ausgewählte langfristige Entwicklungen werden mit relevanten eigenen und sekundären Ergebnissen illustriert. Insbesondere werden drei Themenkomplexe angesprochen: (1) Meritokratie als Maßstab: Die Idee der Leistungsgerechtigkeit ist eine zentrale normative Grundlage in modernen Gesellschaften. In Verbindung mit der Idee der Chancengerechtigkeit rechtfertigt das meritokratische Leistungsprinzip ungleiche Belohnungen und zielt auf die Förderung individueller Motivation und Anstrengung. Im Modell der Leistungsgerechtigkeit tritt soziale Diskriminierung als Abweichung von diesem Maßstab zutage, wenn Belohnungen nicht entsprechend vorliegender Leistungen verteilt werden. (2) Meritokratie als Mythos: Legt man einen solchen Maßstab an und vergleicht ihn mit realen Verteilungsmustern, so erweist sich die Selbstbeschreibung der Gesellschaft und vieler ihrer zentralen Institutionen im Sinne der Geltung meritokratischer Prinzipien vielfach als Ideologie. (3) Meritokratie als Motor gesellschaftlicher Ungleichheit: Der primäre Fokus der Bildungs- und Ungleichheitsforschung auf leistungsfremde, illegitime Diskriminierung stellt aber eine entscheidende Verkürzung dar. Dies wird gerade dann deutlich, wenn auf theoretische Ansätze sozialer Reproduktion verwiesen wird. Mindestens ebenso wichtig ist hierfür die Erfüllung legitimer (Leistungs-)Kriterien, über deren Institutionalisierung gesellschaftliche Gruppen tendenziell Definitionsmacht erlangen. Der Nachweis direkter Einflussnahme ist oft schwierig, doch gibt es Hinweise darauf, dass bestimmte Leistungskriterien den einen sozialen Gruppen näher stehen als anderen und jene so vom Bemühen um zunehmende Meritokratisierung profitieren. Auch die Praxis der empirischen Messung von Leistung in der Bildungs- und Ungleichheitsforschung ist kritisch zu hinterfragen, da sie sich zumeist fraglos an Kriterien orientiert, welche selbst spezifische Produkte gesellschaftlicher Definition sind. Fragt man nach ihren gesellschaftlichen Folgen, so wird deutlich, dass Leistungsgerechtigkeit als allgemeines (und konsensuelles) Prinzip unterbestimmt ist; vielmehr gibt es eine Vielzahl von meritokratischen Modellen, welche höchst unterschiedliche Konsequenzen für die Ungleichheitsstruktur haben können.

Meritokratie und Moderne. Talcott Parsons, Pierre Bourdieu, und aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen

Bettina Mahlert

Bettina Mahlert: bmahlert@soziologie.rwth-aachen.de

In Diskussionen über Meritokratie gelten Parsons und Bourdieu als Antipoden. Demnach feiert Parsons die moderne Gesellschaft für die Institutionalisierung des Leistungsprinzips, während Bourdieu die „Illusion der Chancengleichheit“ als ideologische Verschleierung einer quasi-ständischen Ungleichheitsreproduktion entlarvt. Gegen diese Lesart identifiziert der Vortrag konvergierende und sich ergänzende Einsichten der beiden Theoretiker. Den Ausgangspunkt dafür bildet die Beobachtung, dass beide ein komplexeres Verhältnis zum Meritokratieprinzip haben, als es ihre vermeintliche Gegnerschaft nahelegt. Zwar gehört individuelle Leistungsorientierung für Parsons zu den zentralen Werten moderner Gesellschaften. Seine ungleichheitssoziologischen Beiträge lassen sich jedoch als Kommentar zu den Spannungen und Widersprüchen lesen, in die sich die US-Gesellschaft bei dem Versuch der Institutionalisierung dieser Leistungswerte verstrickt. Umgekehrt hat Bourdieu die Idee der Chancengleichheit keinesfalls nur als Ideologie betrachtet. Als Implikat der Grundwerte von Universalismus und Individualismus bzw. Humanismus galt ihm die Idee der Chancengleichheit vielmehr als historische Errungenschaft, um deren praktische Umsetzung es zu kämpfen gilt. Beide Autoren thematisieren einerseits perverse Effekte von Meritokratie als gesellschaftlichem Ideal. Andererseits beschreiben sie Meritokratie als positive Utopie (im mannheimschen Sinne einer Zukunftsvision von seinstranszendierender Kraft). Der Vortrag wendet sich zunächst der Thematik der leistungssymbolisierenden kulturellen Repertoires zu. Die breit rezipierten Arbeiten Bourdieus werden mit den wenig bekannten Überlegungen Parsons' zu Statussymbolen und Lebensstil ins Gespräch gebracht. Entscheidend ist für beide Autoren, dass sich Bewertete und Bewertende an standardisierten Leistungssymbolen orientieren statt an den individuellen Leistungen und ihrer gesellschaftlichen Bedeutung selbst. Diese Tendenz bewerten beide im Hinblick auf Leistungsgerechtigkeit als problematisch. Im Hinblick auf neue gesellschaftliche Entwicklungen stellt sich zum einen die Frage, ob aktuelle Formen der Medienkommunikation das von Parsons und Bourdieu beschriebene Potential kultureller Symbolsysteme zur Verselbständigung in besonderem Maße freisetzen. Zum anderen scheint Parsons' Beschreibung der modernen Kultur als „instrumenteller Aktivismus“ die in der Soziologie viel diskutierten Trends zur „Selbstoptimierung“ vorwegzunehmen.

„Ein paar Sachen, die einfach so gekommen sind, wie sie gekommen sind.“ Statushorizonte und ihre Enaktierbarkeit in Lebensführungen deutscher Mittelschichten

Stefan Holubek

Stefan Holubek: sholubek@uni-bremen.de

In der Erforschung des Stellenwertes meritokratischer Grundprinzipien liegt das Hauptaugenmerk für gewöhnlich auf der Frage des Verhältnisses zwischen askriptiven und kompetitiven Ungleichheiten. Dabei wird häufig implizit unterstellt, es gäbe eine normativ integrierte, gesamtgesellschaftliche Prestigehierarchie, die über Einkommen als Medium der Anerkennung von beruflicher „Leistung“ über die gesellschaftlichen Teilsysteme hinweg vergleichbar sei und von allen geteilt werde (etwa bei Parsons 1940). Damit bleibt häufig das Verhältnis zwischen subjektiven, handlungsleitenden Statusorientierungen und institutionalisierten Statusordnungen abgeschattet. Während also gefragt wird, ob und wie Leistung dazu beiträgt (bzw. dazu beitragen soll), einen bestimmten gesellschaftlichen Status zu erreichen, bleibt oft unproblematisiert, woran die Akteur*innen ihren „Status“ überhaupt festmachen. In diesem Beitrag argumentiere ich dafür, dass die Rekonstruktion der normativen Geltung meritokratischer Prinzipien in der Lebensführung von Akteur*innen an Schärfe gewinnt, wenn die normative Dimension von statusorientierten Lebensführungen klarer herausgestellt wird. Lebensführung kann dabei als ein in dauerhaften Routinen und Handlungsorientierungen dokumentiertes, in soziostruktureller Position wurzelndes praktisches „Ethos“ (Bourdieu 1994) rekonstruiert werden, das sich in der reflexiven Rückwendung auf das eigene Leben als bewerkstelligtes biographisches Projekt darstellt (Wohlrab-Sahr 1993). Während Mittelschichtsangehörige in der Bundesrepublik des frühen 21. Jahrhunderts kaum umhinkommen, bestimmte Formen der Statusarbeit zu leisten, machen sie sich diese andererseits auch in einer sinnhaften Form zu eigen. Die Rekonstruktion dieser ethisch-normativen Dimensionen informiert darüber, welche Kriterien die Akteur*innen anlegen, um zu bewerten, ob sie „vorgekommen“ sind. Dadurch lässt sich gezielter danach fragen, welche Rolle sie ihren eigenen Leistungen in diesen Aspirationen beimessen. Anhand empirischer Fallbeispiele aus dem DFG-geförderten Projekt „Lebensführung als investive Statusarbeit – Praktiken, Bedingungen, Störungen“ wird in dem Beitrag zunächst das Konzept der statusorientierten Lebensführung entfaltet. Im Anschluss daran sollen Schlaglichter darauf geworfen werden, inwiefern sich Akteur*innen selbst als Autor*innen ihres eigenen berufsbiographischen Verlaufs und ihren eigenen Status damit als Ergebnis der eigenen „Leistung“ deuten.

Aufstiegsorientierung – verallgemeinerbare Orientierung oder unterwerfende Anrufung und Fiktion einer meritokratischen Gesellschaftskonzeption?

Stephan Voswinkel

Stephan Voswinkel: voswinkel@em.uni-frankfurt.de

Meritokratische Gesellschaftsverständnisse gehen davon aus, dass sich sozialer Status als Folge von Leistungen und Beiträgen zum gesellschaftlichen Wohl ergeben sollte. Vorausgesetzt wird dabei allerdings, dass alle Menschen an der Verbesserung ihres sozialen Status orientiert sind. Der Beitrag reflektiert über die normative und empirische Angemessenheit dieser Annahme. Erstens kann bezweifelt werden, dass Aufstieg für die meisten Menschen im Vordergrund ihrer Präferenzen steht, vielmehr konkurriert er mit Familien- und Herkunftsverbundenheit. Mangelnde Chancenwahrnehmung lässt in diesem Sinne nicht ohne weiteres auf eine mangelhafte Realisierung meritokratischer Ziele schließen. Zweitens können diese Präferenzen mit Bourdieu hinterfragt werden, da den Menschen ihr Habitus einen „sense of one's place“ vermittelt, der sich häufig gerade in den „unteren“ Milieus als Statusfatalismus niederschlägt. Dieses Argument weist darauf hin, dass ein komplexes Verständnis der Hindernisse für reale Aufstiegs-Chancengleichheit notwendig ist. Drittens geht soziale Aufstiegsorientierung mit der Übernahme von Werten und Lebensformen einher, die als Herrschaftsmechanismen die bestehende Ungleichheitsstruktur (re)produzieren. Insofern wäre die der Meritokratie vorausgesetzte Aufstiegsorientierung sowohl in ihrer empirischen Reichweite wie auch in normativer Hinsicht kritisch zu hinterfragen. Hierfür spricht auch der Umstand, dass Aufstiegs- und Karriereorientierung in der Gegenwart starke Anrufungen sind, die Subjektivitäten prägen und „zurichten“. In der Zeit des fordistischen Kapitalismus konnte die Aufstiegsorientierung in kollektiver Weise im Sinne allgemeiner Verbesserung des Lebensstandards verstanden werden, so dass eine weniger konflikthafte meritokratische Konkurrenz möglich war. Unter Bedingungen einer dauerhaften Wachstumsminde rung muss hingegen mit stärkeren Nullsummenkonstellationen und mehr Konflikthaftigkeit gerechnet werden. Der Beitrag weist auch auf empirische Befunde hin, die zeigen, dass Aufstiegsorientierung keineswegs als allgemeine Orientierung unterstellt werden kann. Hierbei zeigen sich zugleich infolge des normativen Anrufungscharakters von modernen Aufstiegswerten Diskursverstrickungen, in die Versuche geraten, normative Konsequenzen aus derartigen Befunden zu ziehen, die den Mangel an Aufstiegsorientierung nicht als Folge von gesellschaftlichen oder mentalen Hindernissen, sondern als kulturelle Innovationen begreifen.

Ist das Ability-Tracking nicht eigentlich nur rein meritokratisch verkleidetes „Nobility“-Tracking? Die Bedeutung der kognitiven Fähigkeiten und der Leistungsdifferenzierung für den schulischen Kompetenzerwerb, Bildungsgleichheit und -gerechtigkeit

Hartmut Esser

Hartmut Esser: hartmut-esser@t-online.de

Für das schulische Lernen und den Erwerb von Kompetenzen gehören die kognitiven Fähigkeiten zu den stärksten Einflüssen. Man weiß aber auch, dass die kognitive Entwicklung in der Familie von der sozialen Herkunft und den sozio-kulturellen Bedingungen dort abhängig ist, auch dass sich die Bewertungen der Schulen keineswegs immer an den Fähigkeiten und Leistungen der Kinder orientieren, und man nimmt meist wie selbstverständlich an, dass sich – zumal in den (früh) differenzierenden Schulsystemen – die Einflüsse der sozialen Herkunft beim Übergang in die Sekundarstufe (und danach) eher verstärken. Daran hat sich eine schon länger andauernde Debatte angeschlossen. Sie bezieht sich besonders auf das deutsche Bildungssystem, aber auch generell auf eine strenge Orientierung an Fähigkeiten und Leistungen, die für die systematische Verletzung eines zentralen normativen Kriteriums moderner, demokratisch verfasster Gesellschaften, der Bildungsgerechtigkeit, verantwortlich gemacht wird. Der Beitrag knüpft an diese Debatten an. Im Kern stehen zunächst mögliche Effekte der biologischen und/oder sozialen Vererbung von Intelligenz in den Familien nach der sozialen Herkunft und deren Auswirkungen auf Bildungserfolg und soziale Bildungsungleichheit allgemein, dann analog für Effekte der Differenzierung nach den kognitiven Fähigkeiten bzw. den Leistungen. Die empirischen Analysen zu diesen beiden Fragen beruhen auf Daten des NEPS für die 16 deutschen Bundesländer, die sich erheblich in den Regeln der Stringenz des Leistungsbezugs bei Sortierung und den schulischen Lernvorgängen unterscheiden. Dabei zeigt sich, dass die Effekte der sozialen Herkunft sowohl auf die Bildungsbeteiligung wie auf die Leistungen in der Sekundarstufe in der Tat stark und eigenständig sind, sich aber bei Kontrolle der kognitiven Fähigkeiten deutlich verringern. Eine strikt an den kognitiven Fähigkeiten orientierte Differenzierung erhöht nach den Befunden ferner die kognitive Homogenität der Schulklassen und steigert Leistungsniveaus in der Sekundarstufe und deren Wirkung – ohne dass sich die Einflüsse der sozialen Herkunft verändern. Die Befunde entsprechen nahezu ausnahmslos den Hypothesen des theoretischen Modells und widersprechen damit der (Standard-)Position deutlich, dass es bei einer „meritokratischen“ Gestaltung der schulischen Abläufe eigentlich nur zur Verschärfung der sozialen Bildungsungleichheiten komme, ohne dass die Leistungen besser würden bzw. dass davon nur die Kinder aus den oberen Sozialschichten etwas hätten.